

LESERBRIEFE

Ja zum Generationenprojekt

Das geplante Generationenprojekt im Grund der Kath. Kirchgemeinde Willisau und der Stadt Willisau ist für die Zukunft von Willisau sehr wichtig. Die dringend benötigten sechs Kindergärten, die Tagesstrukturen der Stadt Willisau werden von der Kath. Kirchgemeinde auf langfristige 40 Jahre gemietet, was für beide Parteien von Vorteil ist. Das erste öffentliche Parkhaus vor dem Städtli ist für alle optimal. Das attraktive Pfarreizentrum (mit unterteilbarem Pfarreisaal und weiteren Pfarreiräumlichkeiten) ist für die Kath. Kirchgemeinde sowie die Vereine von grossem Nutzen. Die Miet- und Eigentumswohnungen in Städtlinähe sind beliebt für Jung und Alt und fördern den Zusammenhalt und helfen die Ein-

nahmen langfristig zu sichern. Durch diese langfristigen Verträge an zentraler Lage wird auch die angestrebte innere Verdichtung optimal gelöst. Dieses Projekt wird eine grosse Ausstrahlung haben und als Vorzeigeeobjekt in der ganzen Region gelten. Die FDP. Die Liberalen, Willisau, stehen voll und ganz hinter diesen weitsichtigen Investitionen. Verschiedene Berechnungen von Spezialisten haben ergeben, dass diese Kosten für alle Parteien tragbar sind. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, liebe Willisauerinnen und Willisauer, bei beiden Abstimmungen teilzunehmen und zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Toni Steiger,
Präsident FDP Willisau



ANNO DAZUMAL

Unser Bild aus dem Jahr 1954 zeigt Werner Boog aus Dagmersellen mit zwei «Eidgenossen» seiner Brüder. Das Foto stammt vom Schumacherhof in Zuswil, wo er aufgewachsen ist. Heute Dienstag, 9. Januar, feiert Werner Boog seinen 83. Geburtstag. Er feiert ihn im Kreise seiner Kollegen vom Dragonerchörli Willisau und Umgebung, wo heute Abend geprobt und anschliessend sicher noch gebührend angestossen wird.

Was für eine Narrheit

Die Abstimmungsunterlagen zum Generationenprojekt sind zu spät eingetroffen. Das ist schon die einzige Feststellung, worin ich mit dem Klageführer übereinstimme. Der ganze Rest seiner Bürgeraktion ist nach meiner Auffassung sinnlose Zwängerei und verursacht ausser Spesen nur Missgunst und Ärger. Im schlimmsten Fall sogar unnötige Verzögerungen.

Ausgerechnet der Präsident derjenigen Partei, die sonst lauthals Beamtentum und Bürokratie anprangert, verursacht mit seiner Klage nichts als dienstlichen Aufwand und Kosten! Wozu? Das Generationenprojekt ist mit Blick auf die Zukunft gerichtet und steht einer weltoffenen Gemeinde wohl an. Darüber wurde von den Behörden im Vorfeld mehrfach und unzweideutig informiert. Erwähnt seien der «Tag der offenen Tür» oder die Budgetgemeindeversammlung. Jeder Stimmbürger hatte mehr als genügend Gelegenheiten, sich selber ins Bild zu setzen oder seine

Zweifel am Projekt anzubringen. Niemand braucht ernsthaft die auffringliche Beihilfe des Klageführers. Das will nicht heissen, dass man einer Behörde stets bedingungslos folgen muss. Zum Beispiel sind die Verkehrsführung und die Parkplatzordnung im Städtli zum Mindesten überdenkenswert.

Jetzt muss der Regierungsrat über einen Regelverstoss um eine Terminfrist (nur das) befinden. Muss(!), weil wir glücklicherweise noch in einem Rechtsstaat leben, wo jeder Bürger das Recht auf Beschwerdeführung geniessen. In der Folge muss diese übergeordnete Instanz vielleicht sogar eine Verschiebung der Abstimmung anordnen. Das alles mit der Wirkung, dass das Bauprojekt ein paar Wochen später (hoffentlich!) mit grosser Mehrheit angenommen wird. Diese Beschwerde löst inhaltlich gar nichts, aber verursacht uns allen Kosten. Was für eine Narrheit!

Bruno Burri, Willisau

Willisau verschleudert Geld

Bei jeder Budget-Versammlung wird vom Stadtrat erwähnt, dass man grösstmöglich die bestehenden Ressourcen nutzt. Das bedeutet, dass der Stadtrat auf die vorhandenen Mittel setzt. Hier zwei Beispiele, wo das genau nicht der Fall ist. Für die Tagesstruktur des 18-Millionen-Generationenprojekts wird eine neue Küche gebaut. Man setzt nicht auf eine bestehende Lösung. Die Gemeinde Willisau ist bereits im Besitze von ganz vielen industriellen Küchen. Zum Beispiel diejenige von

der Festhalle ist fast das ganze Jahr unbenutzt. Der Stadtrat hat für das Generationenprojekt extra eine eigene Urnenabstimmung auf den 21. Januar geplant. Am 4. März findet eine nationale Abstimmung statt. Warum wurden die Extrakosten in Kauf genommen? Der Stadtrat hätte einfach nur fünf Wochen warten können, um viel Geld zu sparen. Es scheint so, dass Geld in der Gemeinde Willisau reichlich vorhanden ist.

Marcel Merz, Willisau

Frontalangriff auf Schweizer Medienlandschaft

Die Eidg. Volksabstimmung vom kommenden März rüttelt an den Grundfesten unseres heutigen vielfältigen Medienangebotes. Mutwillig und ohne Gedanken an die Konsequenzen wollen die No-Billag-Befürworter die SRG zerschlagen, um Platz zu machen für eine nebulöse Neuordnung, wo nur noch das Geld und Eigeninteressen zählen.

Bei einem Ja sind unsere ganze Zivilgesellschaft und dabei vorab ländliche Regionen und Sprachminderheiten klar die Leidtragenden. Vergessen wir nicht, dass es dabei nicht nur um

Fernsehen, sondern auch um unser so werthaltiges und beliebtes Radio SRF geht. Ein Riesenverlust für den Zusammenhalt in der Schweiz wäre die unausweichliche Folge. Niemand zahlt gerne Gebühren, aber hier ist der Gegenwert ungleich höher und ohne die heute angemessenen Gebühren werden Fernsehen und Radio so richtig teuer.

Gegenwärtig erleben wir eine üble Desinformationskampagne der Befürworter und da gilt es, die Fakten aufzuzeigen und Paroli zu bieten. Natürlich ist es Zeit, dass sich die SRG auf ihren

verfassungsmässigen Kernauftrag besinnt und sich nicht in überflüssige Aktivitäten verästelt.

Bei Annahme der Initiative wird es nach dem 4. März mit Sicherheit ein böses Erwachen absetzen. Also ein beherztes Nein zum Verlust unserer nationalen Vielfalt und kein Platz für abenteuerliche Experimente. Der Schweiz und uns allen zuliebe: Nein zu dieser unüberlegten, nur Schaden bringenden Initiative!

Klaus Fellmann, Dagmersellen

Die Widersprüche der No-Billag-Befürworter

Ich stelle fest, dass viele Befürworter der No-Billag-Initiative aus dem Lager kommen, welches in übrigen Polit-Themen die Schweizer Werte hochhält und jeglichen Auslandeinfluss ablehnt. Nun ist es offensichtlich, dass ohne Billag das breite Angebot von vielfältigen, regional und sprachlich breit gefächerten Radio- und TV-Sendungen nicht

aufrechterhalten werden kann. Viele Angebote würden wohl durch Sendungen aus dem Ausland, insbesondere Deutschland, ersetzt. Dieser Widerspruch löst bei mir Kopfschütteln aus. Für mich verhalten sich diese Initiative-Ja-Sager gleich wie Leute, welche den Kleiderladen im Dorf fordern und ihre Kleider im Ausland einkaufen oder

die Personenfreizügigkeit ablehnen und dauernd in Europa herumreisen. Die Schweiz braucht ein breites Angebot von Schweizer (!) Sendungen in Radio und TV. Und darum darf die Billag nicht abgeschafft werden!

Adrian Nussbaum,
Kantonsrat CVP, Hochdorf

BRIEF

aus dem Nationalrat



Peter Schilliger
FDP, Udligenswil

«Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist gewährleistet.» So

Die Verstaatlichung der Schweizer Medien verhindern

steht es in Art. 17 der Bundesverfassung. Freiheit bedeutet aber auch, Medienvielfalt zuzulassen. Die SRG kann einen wichtigen Beitrag für die

Medienvielfalt in der Schweiz leisten und wird dies auch bei einem Ja zur No-Billag-Initiative künftig tun können. Mit der heutigen Monopolisierung der SRG und deren Strategie der systematischen Ausbreitung und Verdrängung privater Medien werden dieser Verfassungsgrundsatz und die Medienvielfalt jedoch in Frage gestellt.

Der Bundesrat zeigt in seinem Service-public-Bericht vom 17. Juni 2016 keine wirkliche Zukunftsstrategie für den Service public im Medienbereich auf. Anstatt eine Grundlage für eine fundierte Debatte über den Umfang des Service public zu liefern, versucht er mit dem Bericht den Status quo und das Milliardenbudget der SRG zu zementieren. Diese Haltung zieht sich in der aktuellen Debatte über die No-Billag-Initiative weiter. Trotz grossem Diskussionsbedarf über Umfang und Inhalt des Service public werden sämtliche Diskussionen im Keime erstickt. Die Steuergelder in Form von Zwangsgebühren sollen fliessen.

Bürger und KMUs sollen zahlen und schweigen. Private Medien versucht man mit ein paar Brosamen aus dem Topf der Steuermilliarden ruhigzustellen. Die privaten Radio- und TV-Stationen wurden von den Staatsgeldern abhängig gemacht und können jetzt im Abstimmungskampf als Feigenblatt vorgeführt werden – für die SRG zu minimalen Kosten.

Dasselbe Schicksal droht den Zeitungen. Die Zeitungsverlage sind unter Druck. Dies auch deshalb, weil die SRG sie – mitunter finanziert durch die Milliarden aus der Mediensteuer – im Online-Bereich direkt konkurrenziert und unter Druck setzt. Dies obwohl ihr das eigentlich verboten wäre. Die Zeitungsverlage werden mit den Milliarden aus der SRG-Kampfkasse so lange konkurrenziert und bedrängt werden, bis der Markt völlig verzerrt ist und die Verlage sich nicht mehr finanzieren können. Das ist dann der Moment, wo die Rufe lauter werden, dass jetzt doch auch die Presse mit Steuergeldern sub-

ventioniert werden müsse. Solche Stimmen gibt es ja bereits. In der aktuellen Medienpolitik ist eine weitere Verstaatlichung des Schweizer Mediensystems mit der Ausweitung von Subventionen an Zeitungen oder Online-Portale mit dem neuen Mediengesetz vorskizziert. Je länger wir es zulassen, dass die zu grosse und zu mächtige SRG die privaten Medien konkurrenziert und unter Druck setzt, umso mehr beschleunigen wir diesen Prozess.

Die Medienvielfalt leidet heute unter der SRG. Das beste Beispiel sind die zuerst konkurrenzierten und ausgebreiteten und dann subventionierten privaten Radio- und TV-Stationen, die sich heute wegen finanzieller Abhängigkeit von der SRG vor den Karren spannen lassen müssen. Ich will keine staatliche Medienlandschaft Schweiz über alle Kanäle. Es braucht freie und nicht abhängige private Medien. Eine Medienvielfalt unter der Knute und am finanziellen Tropf der SRG ist keine Medienvielfalt.

Kommt hinzu: Bei einem Ja zu No Billag wird die SRG nicht verschwinden. Als Primus der Schweizer Medienlandschaft wird sie auch künftig eine wichtige Rolle im Service public spielen. Das zeigt der heute Dienstag vor den Medien präsentierte Plan B des überparteilichen gewerblichen Komitees «No Billag Ja». Dank einem Ja zu No Billag wird aber endlich die verhinderte Diskussion über Umfang und Inhalt des Service public geführt werden. Sendungen und Sendungsreihen, die sich nicht im Markt finanzieren lassen, werden auf dieser Basis auch künftig gefördert werden können. Die Bundesverfassung ermöglicht über den Art. 69 «Kultur» und Art. 70 «Sprachen» ein entsprechendes Engagement. Dies jedoch demokratisch legitimiert und ohne willkürliche Abzocke, Doppelbesteuerung von Unternehmen und Marktverzerrungen zuungunsten von privaten Medien. Sagen deshalb auch Sie am 4. März beruhigt Ja zur No-Billag-Initiative.